



14.09.2018 im Hotel Adlon in Berlin

Vortrag: „Integrationsprozesse im Großen Eurasien, Perspektiven eines gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raumes von Lissabon bis Wladiwostok“

Sergej W. Lawrow, Außenminister der Russischen Föderation:

Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Platzek, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zunächst danke ich Ihnen natürlich für die Einladung, vor solch einem hochkarätigen Publikum zu sprechen. Wir schätzen die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Russischen Forum sehr hoch. Das Engagement des Forums leistet einen beachtlichen Beitrag zur bilateralen Zusammenarbeit, zur Festigung der Freundschaft, des Vertrauens, der guten Nachbarschaft zwischen unseren Völkern. Wir führen einen Dialog mit Vertretern aus Deutschlands Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, der zu einer guten Tradition geworden ist. Im Juli vergangenen Jahres haben wir uns in der Körberstiftung getroffen. Im Februar des laufenden Jahres haben wir uns am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz getroffen. Das war ein Gespräch mit den Kapitänen der deutschen und russischen Wirtschaften. In der augenblicklichen Situation in Europa und international sind solche Diskussionen, die auf ein Mehr an Verständigung zwischen Russen und Deutschen angelegt sind, besonders gefragt. Sie setzen ein Zeichen des beiderseitigen Interesses an der gemeinsamen konstruktiven Arbeit, um nach optimalen Lösungen für aufgelaufene Fragen – international und national – zu suchen.

Die heutige Begegnung macht keine Ausnahme. Matthias hat gerade darüber gesprochen was das für ein Thema ist. Integrationsprozesse im großen Eurasien, Zukunftsvisionen des gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raumes von Lissabon bis Wladiwostok. Und die Aktualität dieser Fragen ist schwer zu überschätzen. Die Potentiale aller Staaten unseres Kontinentes müssen zusammen gelegt werden zum Wohle der Entwicklung und zum Wohle der Prosperität. Und dieser Gedanke beschäftigte viele europäische Politiker. Sie werden wohl wissen, dass der französische Präsident Charles de Gaulle seiner Zeit die Anregung eines Europas vom Atlantik bis zum Ural angeregt hat. Es ist sehr wichtig, dass eine groß angelegte Partnerschaft mit Russland im Interesse der gesamteuropäischen Sicherheit und Wirtschaftsarchitektur geschaffen wird. Und diese Idee sprachen die Bundeskanzler Kohl und Schröder und Präsident Chirac aus. Ich möchte auch daran erinnern, dass diese gesamtkontinentale Kooperation noch in den 20er, 30er Jahren vergangenen Jahrhunderts beschrieben wurde. Von den ersten Ideologen der eurasischen Integration. Das waren russische Philosophen, Geografen und Historiker: Nikolai Trubetzkoy, Petr Savitsky, Georgi Wernadski. Das Kooperationspotential auf unserem gemeinsamen immensen Festland haben sie als natürliche Synthese der Anfänge von Ost und West definiert. Als eine Verknüpfung deren zivilisatorischer Kodierung.

Nach dem Ende des Kalten Krieges sind alle Hindernisse auf dem Wege der Annäherung zwischen Russland und der EU entfallen und das sind zwei wichtige wirtschaftliche und geopolitische Akteure auf dem Kontinent, zum Wohle des großen Europa ohne Trennlinien. Von unserer Seite haben wir ein Maximum dafür gemacht, damit die russisch-europäische Partnerschaft zu einer strategischen wird. Wir haben verschiedene Initiativen hervorgebracht. Wir wollten Barrieren für zwischenmenschlichen Austausch abschaffen und wir wollten perspektivisch einen gemeinsamen Energiesektor einrichten. 2008 haben wir den Vorschlag unterbreitet, einen europäischen Sicherheitsvertrag zu unterzeichnen, der juristisch entsprechen-



de politische Verpflichtungen eines jeden Staates kodifizieren würden, dass man seine eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit von anderen gewährleisten darf. Eine konsequente Umsetzung dieser Anregungen hätte maßgebend dazu beitragen können, einen gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raum zu schaffen, vom Atlantik bis zum Pazifik.

Es ist symbolhaft, dass hier im Berliner Hotel Adlon Präsident Putin im November 2010 auf dem Wirtschaftsforum der führenden deutschen Unternehmen gesprochen hat. Und er hat sicher gezeigt, dass die Annäherung zwischen Russland und Europa unausweichlich sei, wenn wir uns als Zivilisation erhalten wollen und erfolgreich wettbewerbsfähig sein wollen. Diese These verliert nichts von der Aktualität und wird zunehmend gefragt, von Tag zu Tag.

Bedauerlicherweise ist es so, dass nicht alle in Europa diesen Willen zur verstärkten Zusammenarbeit mit Russland unterstützen. Hier gibt es verschiedene Meinungen und der Pragmatismus gewinnt nicht immer die Oberhand. Historische Phobien springen an. Russland wird als eine Gefahr für europäische Ruhe und europäischen Lebensstil dargestellt, aber Russland stellt keine Bedrohung dar. Häufig sehen wir uns mit Versuchen konfrontiert, uns zu belehren, wie wir unser eigenes Haus einzurichten haben. Als würde man nicht verstehen, dass ein Mentor-Ton in einem Dialog, dass eine Ideologisierung von Beziehungen – umso mehr, wenn es um Russland geht – sinnlos und kontraproduktiv ist.

Wenn es um die Lage in unserem großen europäischen Haus geht, so spreche ich darüber mit Bedauern. Ich bin überzeugt, dass auf der Basisebene sozusagen, Russland und die europäische Union quasi prädestiniert sind, miteinander zusammenzuarbeiten. Das vergangene Jahrzehnt ist in vielerlei Hinsicht zu einer Zeit entgangener Möglichkeiten geworden. Ich möchte einige Beispiele anbringen. Matthias hat gerade gesagt, dass wir die Visa-Formalitäten hätten abschaffen können, aber dieses Thema wurde künstlich eingemottet aus politischen Überlegungen der Brüsseler Bürokratie. Wir hätten die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen radikal stärken können. Brüssel hat Hindernisse aufgebaut auf dem Wege der wichtigsten russischen Exportgüter. Zu diesen Hindernissen gehört das dritte Energiemarktpaket. Und das, das wollen wir richtig beim Namen nennen, das auf die Schaffung von Problemen von Gazprom angelegt ist auf dem europäischen Energiemarkt und das trotz der Tatsache, dass unser Land stets ein zuverlässiger Energielieferant für Europa gewesen ist.

Im Rahmen der östlichen Partnerschaft hat man auch ein Spiel, nicht einmal ein Null-Summen-Spiel, sondern ein Negativ-Summen-Spiel losgetreten, weil man versucht hat, die Staaten des postsowjetischen Raumes vor eine falsche Wahl zu stellen, entweder mit uns oder gegen uns. Und dieser Kurs zur Eindämmung Russlands erreichte seinen Gipfel, als einige westliche Staaten den verfassungswidrigen Staatsstreich in der Ukraine unterstützt haben. Dort sind national radikale Kräfte an die Macht gekommen. Sie haben das Abkommen zur Lösung der Krise aufgekündigt, das im Februar 2014 unterzeichnet wurde und das im Namen der EU und von Deutschland, Polen und Frankreich garantiert wurde. Weder Berlin, noch Warschau, noch Paris haben versucht, etwas zu sagen gegen die Einstellung der Putschisten zur europäischen Vermittlung.

Erstaunlich, wie eifertig man sich in der europäischen Union oder im direkten Diktat aus Übersee entschieden hat, die bewährte Zusammenarbeit mit Russland zu ruinieren. Man



hat freiwillig milliardenschwere Verluste eingesteckt wegen Sanktionen. Paradoxerweise haben Amerikaner keinen Schaden davongetragen und tragen auch keinen davon.

Aber die Ukraine Krise hätte verhindert werden können, denn die Europäische Union wollte übrigens die Ukraine in seinen Orbit hineinziehen, indem ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet werden sollte, das unausweichlich dazu geführt hätte, dass die Ukraine aus der Freihandelszone des GUS ausgestiegen wäre und im Endeffekt die Kooperationsbeziehungen zwischen Kiew und Moskau ruiniert werden hätten können. Doch anstatt dieses destruktive Szenario anzustreben, haben wir von unserer Seite vorgeschlagen, dass alle drei Parteien – die EU, die Ukraine und Russland – sich auf eine Harmonisierung von Integrationsprozessen einigen, die sowohl den Bestimmungen der EU Rechnung tragen würden, als auch den damals bestehenden Verpflichtungen Kiews im Rahmen des GUS und im Rahmen der bilateralen Verpflichtungen mit Moskau entsprochen hätten. Aber unsere Vorschläge zu trilateralen Gesprächen 2013 und Anfang 2014 wurden rundheraus von Brüssel abgelehnt. Und wenn der Satz „Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit ziehen“ irgendwie Sinn hat, wo das gerade der Fall ist aus unserer Sicht, wo wir alle zusammen zurückblicken sollten und Konsequenzen für die Zukunft ziehen sollten, insbesondere im Kontext der Fragen, die heute bei unserem Gespräch zur Diskussion stehen.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns beeilen, denn die globale geopolitische Landschaft entwickelt sich weiter. Sehr dynamisch, sie wird zunehmend vom Wettbewerb geprägt. Weitere Wirtschaftszentren bauen ihr Potential aus, insbesondere im Asiatisch-Pazifischen Raum. Die Entstehung der polyzentrischen Friedensordnung führt dazu, dass alt-hergebrachte Schemata nicht mehr funktionieren, nach dem Motto „Der Eine führt, der andere folgt“. Es sind unkonventionelle, bahnbrecherische Anregungen gefragt.

Wenn man sich die Sachlage unvoreingenommen anschaut, so sollte die Europäische Union sich ernsthaft damit auseinandersetzen, welche Vorteile es der EU bringen würde, ein grundsätzlich neues Wirtschaftsmodell in Eurasien zu entwickeln. Dieses Modell sollte auf Komplementarität gründen, auf Verknüpfung von Potentialen multilateraler Wirtschaftsjekte.

Auch von unserer Seite haben wir angefangen für Rahmenbedingungen für ein Vorankommen in diesem Sinne zu sorgen. Zusammen mit unseren Partnern aus der Eurasischen Wirtschaftsunion, die im Sinne der WTO Regeln funktioniert, haben wir gemeinsame Märkte von Waren und Dienstleistungen geschaffen. Wir sorgen dafür, dass die Freizügigkeit von Kapital- und Arbeitskraft gewährleistet wird. Wir stärken Außenbeziehungen der eurasischen Wirtschaftsunion. Insbesondere gibt es eine Freihandelszone mit Vietnam. Es wird über ähnliche Abkommen mit Israel, Serbien, Singapur und weiteren Asienländern gesprochen. Demnächst werden wir entsprechende Gespräche mit Ägypten und Indien aufnehmen. Es gibt ein provisorisches Abkommen mittlerweile mit dem Iran. Und insgesamt haben wir etwa 50 Vorschläge von verschiedenen Staaten und Staatenbündnissen erhalten, die Partnerschaftsbeziehungen mit der eurasischen Wirtschaftsunion eingehen wollen.

Von besonderer Bedeutung ist die angelaufene Arbeit an der Verknüpfung der Integration der *EURASEC* und der chinesischen Initiative *One Belt, One Road*. Im Mai wurde das Handels- und Wirtschaftsabkommen zwischen der *EURASEC* und China unterzeichnet. Geplant ist



es, Infrastrukturprojekte im Rahmen der *EURASEC* und *One Belt, One Road* mit der nördlichen Seeroute zu verknüpfen. Das alles schafft Voraussetzungen für die Umsetzung der Initiative von Präsident Putin, eine große eurasische Partnerschaft zu schmieden. Das wird ein möglichst großer Raum sein, der auf einer umfassenden wirtschaftlichen Kooperation aufbauen wird, unter Einbindung der *EURASEC*, der *SCO* und *ASEAN*.

Wir wollen, dass die Europäische Union sich auch damit einbindet und dann würden die Ideen eines gemeinsamen Raumes von Lissabon bis Wladiwostok in die Tat umgesetzt werden.

Wir freuen uns, dass einige deutsche Politiker sich interessiert daran zeigen. Matthias hat gerade erwähnt, dass die Fragen des gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok in den Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung aufgenommen worden sind. Diese Thematik wird regelmäßig auch bei verschiedenen Deutsch-Russischen Gesprächen zur Sprache gebracht, insbesondere auf höchster Ebene ist es der Fall. Die Hauptsache ist, dass diese Absichten in konkrete Maßnahmen überführt werden.

Natürlich ist es so, dass großangelegte Pläne nicht realisiert werden können, ohne dass die Russisch-Europäischen Beziehungen insgesamt gesünder werden, die in vielerlei Hinsicht noch Geiseln der ukrainischen Krise bleiben. Und die Krise bleibt eben die Krise. Und das ist maßgeblich der Tatsache geschuldet, dass die Kiewer Regierung jetzt die Position eingenommen hat, die sie eingenommen hat. Die erfüllen die Minsker Vereinbarungen nicht, die eine alternativlose Grundlage für eine Lösung in diesem Nachbarstaat sind. Wir wissen, dass sich in Europa Stimmen derer mehren, die einen Konfrontationskurs gegenüber Russland fahren wollen. Aber es gibt auch diejenigen, die eine pragmatische Politik verfolgen und nicht manipuliert werden wollen.

Ich glaube, wir sollten eine Renovierung des gemeinsamen Europäischen Hauses anpacken, wo man den Interessen aller Staaten Rechnung tragen würde, ob sie Mitglied sind in den einen oder anderen Integrationsverbindungen und Bündnissen, oder nicht. Einiges wird hier von dem Zustand der Beziehungen zwischen Russland und Deutschland abhängen. Das sind zwei große europäische Mächte und die Geschichte kennt viele Beispiele, wo eine konstruktive deutsch-russische Kooperation sich günstig auf die Gesamtlage in Europa ausgewirkt hat.

In diesem Zusammenhang ist es gar bemerkenswert, dass auch in der augenblicklichen Situation die Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten sich weiter in verschiedenen Bereichen entwickelt, von Wirtschaft bis Kultur. Ein deutliches Beispiel dafür, ist mein Besuch in Berlin auf Einladung von Bundesaußenminister Maas. Dieser Besuch findet aus Anlass des Abschlusses des Themenjahres von Regionalen und Kommunalen Partnerschaften statt. Das ist ein guter Beitrag dazu, dass das gegenseitige Vertrauen kontinuierlich verbessert wird, das so von Nöten ist, für Europa und für die Welt insgesamt.